

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Gerd Walter MdEP nimmt Stellung zu Delors' Kritik an Bonner Haltung zur EG: Bonn in der Rolle des Bremsers.

Seite 1

Freimut Duve MdB erinnert an schwere Menschenrechtsverletzungen in Guatemala: Hilfe für die Unterdrückten.

Seite 3

Josef Vosen MdB warnt vor kurzfristiger Euphorie wegen eines SDI-Auftrags: MBB und die SDI-Misere.

Seite 4

Walter Kolbow MdB weist auf die Möglichkeit der Schaffung konventioneller Stabilität in Europa hin: Die „Flexible Response“ ist keine heilige Kuh.

Seite 5

42. Jahrgang / 58

25. März 1987

### Bonn in der Rolle des Nein-Sagers

Die Bundesregierung sollte ihre Delors-Lektion lernen

Von Gerd Walter MdEP

Jacques Delors, Präsident der EG-Kommission, für präzise und mutige Europa-Visionen und Mut zur Wahrheit gleichermaßen bekannt, hat der Bundesregierung nun auch öffentlich ins Stammbuch geschrieben, worüber in den Hauptstädten der EG seit langem vernehmlich geredet wird: Bonn entziehe sich seiner Verantwortung für Europas Zukunft. Die „deutsche Frage“ müsse die Haupt-sorge der Regierungschefs der anderen elf Staaten sein.

In der Tat: Die deutsche Europapolitik ist ins Zwielicht geraten. Seit Kiechles Agrar-Veto hat die Bundesregierung auf zu vielen Feldern europäischer Politik die Rolle des Nein-Sagers übernommen.

Bei der gemeinsamen Technologiepolitik, bei der notwendigen Reform der Agrarpolitik, beim Ausbau des Europäischen Währungssystems, bei der Erweiterung des Studentenaustausches und so weiter und so weiter - überall bremst Bonn.

Diplomatische Tölpelereien bei den amtlichen Reaktionen auf das Agrarpreis-Paket der Kommission haben ein Übriges getan, den europapolitischen Ruf der Bundesregierung zu ruinieren.

Das Bonner Kabinett hat den fatalen Eindruck entstehen lassen, die Verteidigung deutschen Bieres und deutscher Wurst sei die höchste Priorität deutscher Europapolitik.

Es gibt einen neuen politischen Provinzialismus in Bonn, traurig bestätigt durch die über 50-seitigen Koalitions-Vereinbarungen: Sie enthalten über fünf Seiten zur Bekämpfung von AIDS, aber kein Wort zur notwendigen Reform der Europäischen Gemeinschaft.

Kein Wort insbesondere zum vorgeschlagenen Delors-Paket, das die Finanzreform der Gemeinschaft, die Agrarreform und Reform der Strukturfonds umfaßt.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Fertiggestellt durch  
den vertriebsfähigen  
Kreuzungs-Papier



Kein vernünftiger Mensch würde aus der wirtschaftlichen Bedeutung der Bundesrepublik für die Europäische Gemeinschaft eine politische Führungsrolle ableiten wollen. Es darf aber auch nicht das Gegenteil entstehen: Es ist gefährlich für die Gemeinschaft, wenn der wirtschaftlich bedeutendste Mitgliedstaat ihr stärkster Bremsen ist.

Früher, als unter anderem auch der Wunsch nach Einbindung des westdeutschen Potentials bei der Gründung der Gemeinschaft Pate stand, hätte eine europapolitisch selbstbewußte Bundesrepublik unsere Nachbarn möglicherweise irritiert. Heute irritiert sie eine Bundesregierung, die es seit Jahren unterlassen hat, das deutsche Interesse in und an Europa politisch zu definieren und danach zu handeln.

Obwohl dieses Interesse doch auf der Hand liegt: Das ökonomische einer exportorientierten und -abhängigen Wirtschaft;

das technologische eines Landes, das nicht nur auf Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch auf eigenständige Entwicklung bedacht sein muß;

das umweltpolitische, bei dem nationale Alleingänge nicht weiterhelfen;

und nicht zuletzt das politische: Eine Europapolitik, die westeuropäische Integration nicht ohne Rücksicht auf ostpolitische Verluste betreibt, kann die Folgen europäischer und damit auch deutscher Teilung überwinden helfen. Dazu gehört es, die Stimme der Gemeinschaft zur Sicherheitspolitik zu stärken. Eine Antwort auf die Gorbatschow-Vorschläge ist überfällig. Delors hat dazu aufgerufen. Aus Bonn gibt es dazu, wie üblich, kein Echo.

Im deutschen wie im europäischen Interesse ist es für die Bundesregierung höchste Zeit zu begreifen, daß sich hinter der Forderung nach Selbstbehauptung Europas nicht die Ränkeschmiede des Antiamerikanismus verbergen.

(-/25.3.1987/va-he/st)

\* \* \*



Hilfe für die Unterdrückten

Guatemaltekkische Polizeioffiziere werden in der Bundesrepublik ausgebildet

Von Freimut Duve MdB

Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Menschenrechte der SPD-Bundestagsfraktion

Wie das Bundesinnenministerium bestätigt, werden demnächst Polizeioffiziere aus Guatemala in der Bundesrepublik ausgebildet. Zimmermann und Spranger leisten diese Polizeihilfe mit dem Hinweis, sie würde die zivilen Kräfte stärken.

Wie sieht die Wirklichkeit aus?

Anfang März 1987: Der Gewerkschafter Manuel de Jesus Lopez Morales wurde ermordet aufgefunden, nachdem er am 28. Februar 1987 verschleppt worden war. Folterspuren, abgehackte Hände.

Was tut die Polizei? Ihr Chef, Julio Caballeros, als ehemaliger Armeeoberst mitverantwortlich für die Massaker Anfang der 80er Jahre, rechtfertigt den Mord mit dem Hinweis auf angebliche Vorstrafen.

Eine neue „Todesbilanz“, die ich hier vorlege, weist aus, daß im Zeitraum vom 26. September 1986 bis 27. Februar 1987 allein nach offiziell zugänglichen Presseberichten in Guatemala 59 Menschen ermordet und 17 weitere verschleppt wurden. Addiert man diese Zahlen zu denjenigen hinzu, die ich mit meinem vorigen Bericht im August 1986 veröffentlicht habe, dann sind unwidersprochen seit der Amtsübernahme von Präsident Cerezo mindestens 166 Menschen ermordet und 55 verschleppt worden, ohne daß die Polizei auch nur den geringsten Versuch unternommen hätte, den Todeskommandos Einhalt zu gebieten und die Bevölkerung vor ihnen zu schützen.

Und der christdemokratische Präsident Cerezo ist machtlos. Bei seinem Besuch in der Bundesrepublik im Oktober 1986 hat er zwar gegenüber SPD-Abgeordneten versichert, es gebe keinen einzigen Fall in der jüngeren Zeit, in dem die Polizei rechtswidrig gehandelt habe. Aber die Fakten sprechen dagegen:

Offiziell wurde die Geheimpolizei, der die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen zur Zeit der Militärdiktatur in Guatemala zur Last gelegt werden, aufgelöst. Ihre Mitglieder wurden aber nicht etwa zur Rechenschaft gezogen, vielmehr wurden sie in Abteilungen der Nationalpolizei übernommen, zum Beispiel in das Dezernat für Sonderuntersuchungen und Drogendelikte - BIEN.

Jegliche Hilfe von Seiten der Bundesrepublik zur Ausrüstung und Ausbildung der guatemaltekkischen Polizei ist unverantwortlich, solange nicht folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Arbeitsmöglichkeit für das Internationale Rote Kreuz in Guatemala.
- Endgültige Auflösung auch der letzten Einheiten der G 2.
- Die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen zur Zeit der Militärregierungen ebenso wie die aus jüngster Zeit müssen vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden.
- Die Tätigkeit des mit deutscher Hilfe aufgebauten Dezernats für Sonderuntersuchungen und Drogendelikte - BIEN - muß kontrollierbar sein.
- Entmilitarisierung des Lebens im indianischen Hochland (Modelldörfer), Abschaffung der Zwangspatrouillen et cetera.
- Bildung einer neutralen Kommission zur Untersuchung des Schicksals der Verschwundenen - entsprechend dem Vorschlag der „Grupo de Apoyo Mutuo“ (Gruppe zur gegenseitigen Hilfe der Mütter, Frauen, Schwestern, Töchter von Verschwundenen).
- Schutzgarantien für die Mitglieder der „Grupo de Apoyo Mutuo“.

(-/25.3.1987/st/ks)

(Eine Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen in Guatemala folgt).



**Messerschmidt-Bölkow-Blom und die SDI-Misere**

**SDI-Abkommen muß gekündigt werden - so schnell wie möglich**

Von Josef Vosen MdB

Der jetzt an Messerschmidt-Bölkow-Blom ergangene Auftrag des US-Verteidigungsministeriums, laut Pressemeldungen „eine Einrichtung zur Beobachtung von Infrarot-Merkmalen beim Flug von Raumgleitern durch den Weltraum“ zu entwickeln, mag aus der Sicht des Unternehmens ein Erfolg sein. Politisch muß der Sachverhalt völlig anders gesehen werden.

Die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) hat die internationalen Beziehungen seit ihrer Ankündigung im Frühjahr 1983 erheblich destabilisiert. SDI kann nicht dazu beitragen, wie der US-Präsident sagte, daß durch SDI die Menschheit von der Atomangst befreit werde. Konstitutiver Bestandteil der SDI-Konzeption sind die durch Atombombenexplosionen angetriebenen Röntgenlaser. Dies ist eine der wesentlichen Ursachen dafür, daß die USA in den vergangenen Jahren ihre Atomtests nicht wie die UdSSR vorübergehend eingestellt haben. Der jüngste Destabilisierungseffekt ist der Versuch der USA, den ABM-Vertrag weit auszulegen, um SDI so rasch wie möglich stationieren zu können, ein Vorhaben, dem jetzt auch der demokratische US-Senator Sam Nunn zu Recht entgegengetreten ist.

SDI hat zu einer neuen Drehung an der Rüstungsspirale geführt. SDI bedeutet für die Bundesrepublik die Gefährdung des Osthandels, weil im Zusammenhang mit den von der Bundesregierung geschlossenen Abkommen über den Technologie-Transfer die USA die Absicht haben, die COCOM-Liste zu verschärfen und die Exportkontrollen nach dem Osten wesentlich zu verschärfen. Dies hat die Bundesregierung den USA auch zugesagt. SDI bedeutet ferner die Behinderung des Technologie-Transfers von den USA nach Westeuropa und die Erstreckung von Geheimhaltungsverfahren über die bislang zivile Forschung in vielen Bereichen in Westeuropa. Dies gilt auch für den MBB-Auftrag.

Ferner gilt für den MBB-Auftrag in ganz besonderer Weise, daß er ein Beitrag zu einem verstärkten Technologiefluß von Westeuropa in die USA bildet. Nicht umsonst haben die USA die SDI-Verbindungen mit der Bundesregierung geschlossen. Sie haben sie als ein Technologie-Einkaufsprogramm für solche Technologien angelegt, die ihnen in den USA für die Konzipierung von SDI fehlen.

Die Fähigkeiten von MBB im Bereich der Hochtechnologien sollten durch Aufträge aus Europa für zivile Zwecke vielfältig nutzbar sein. Aber anstatt daß die Bundesregierung mit den anderen europäischen Staaten einen Anlauf macht, die Forschung und Entwicklung in Europa gezielt für eine neue Stufe Europas und die Integration Europas einzusetzen, wie wir dies mit unserem EUREKA-Antrag gefordert haben, hat sie politisch zur Unterstützung von SDI beigetragen, indem sie die beiden Abkommen über SDI mit den USA geschlossen hat. Mit der Misere, daß viele unserer Hochtechnologie-Unternehmen ihre Reputation hauptsächlich mit militärischen Projekten erwerben und deshalb „SDI-tauglich“ sind muß einmal Schluß gemacht werden.

Wir fordern deshalb, daß die SDI-Abkommen - so rasch wie möglich - gekündigt werden.

(-/25.3.1987/st/ks)

\* \* \*



**Die „Flexible Response“ ist keine heilige Kuh****Konventionelle Stabilität ist notwendig und möglich**

Von Walter Kolbow MdB

Wieder einmal hat Manfred Wörner eine Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Grundfragen mit der SPD unter Berufung auf deren Nürnberger Parteitagebeschlüsse als nicht möglich bezeichnet. Wider besseren Wissens unterstellt er der SPD eine Minderung der Einsatzbereitschaft und weniger Geld für die Bundeswehr sowie das Abgehen von der gültigen NATO-Strategie. Das „bewährte“ Rezept der Diffamierung durch Unsachlichkeit wird durch gebetsmühlenartige Wiederholungen nicht richtiger. Die SPD weiß mit anderen: in den 90er Jahren wird die Zahl der Wehrpflichtigen abnehmen. Die verfügbaren finanziellen Mittel werden nicht zunehmen. Das strategische Konzept und das Rüstungsprofil werden sich verändern. Die Streitkräfte können nicht die Last verdrängter Probleme einer widersprüchlichen Sicherheitspolitik tragen. Der Auftrag der Bundeswehr muß nicht nur für die Gesellschaft nachvollziehbar und akzeptabel, er muß auch für die Soldaten erfüllbar sein. Deshalb fordert die SPD die Weiterentwicklung der Bundeswehr. Dazu gehören eine Bundeswehrplanung für die kommenden Jahrzehnte, die den Erfordernissen der Vorverteidigung gerecht wird; eine Reform der Streitkräftestruktur, die dem Ausbau der stabilitätsfordernden Fähigkeit dieser Vorverteidigung dient. Der personelle Verteidigungsumfang muß qualitativ verbessert werden. Der personelle Friedensumfang muß eine grenznahe Deckung ermöglichen, ausreichen, um in einer Krise die Heranführung alliierter Streitkräfte zu sichern und den Vereinbarungen und deutschen Zusagen im Rahmen der Vorverteidigung entsprechen.

Auch Herr Wörner weiß, daß nach der mittelfristigen Finanzplanung von Finanzminister Stoltenberg dem Verteidigungsminister für 1989 und 1990 ein geringerer Anteil am Gesamthaushalt zur Verfügung steht als dem letzten sozialdemokratischen Verteidigungsminister.

Schließlich hat die SPD in ihren Parteitagebeschlüssen immer wieder darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik politisch und militärisch in die NATO eingebunden ist und die Westeuropäer der Verbindung mit dem militärischen Gegengewicht der USA bedürfen. Solange es keine andere NATO-Strategie als die gegenwärtige gibt, bleibt die Strategie „Flexible Response“ gültig. Diese Strategie ist keine heilige Kuh; denn der Schluß, mit ihr sei auch künftig Krieg dort ausgeschlossen, wo der Einsatz von Kernwaffen droht, ist unrichtig, da mit ihr die Möglichkeit eines Dritten Weltkrieges nicht ausgeschlossen, der Ost-West-Konflikt nicht überwunden wurde und eine Abrüstung nicht stattfand. Klaus von Schubert muß zumindest nachdenklich stimmen, wenn er in seiner Schrift der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft „Mutual Responsibility“ - eine Strategie für West und Ost - darauf hinweist, daß keiner der Beteiligten des west-östlichen Abschreckungssystems auf die Dauerhaftigkeit eines einstweiligen stabilen Zustandes vertrauen darf. Doch Herr Wörner sollte lieber Antworten auf die zu stellenden Fragen an die Bündnisstrategie suchen als gegen die SPD zu polemisieren. Solche Fragen sind: Gelingt es, in einer krisenhaften Konfrontation

den Prozeß der Eskalation zu wenden oder entfaltet die Steigerung des Mitteleinsatzes eine irreversible Eigendynamik, die in Krieg mündet? Verschafft die Nukleardrohung Standfestigkeit und Vertrauen auf die Wirkung der Abschreckung, oder fühlt sich der Drohende durch die Aussicht auf einen Krieg mit Kernwaffen selbst abgeschreckt und damit handlungsunfähig? Woher soll schließlich ein Bundeswehrosoldat das Motiv zur Verteidigung nehmen, wenn erklärt wird, nach wenigen Tagen sei der Nuklearkrieg unvermeidbar und dies bei der Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX sehr schnell zur realen Lage erklärt wird?

Wenn sich Herr Wörner gegen den Abzug aller Atomwaffen aus Europa wendet, macht er sich die Kritik an dem Vorschlag der Eliminierung aller Nuklearwaffen beziehungsweise aller ballistischen nuklearstrategischen Flugkörper innerhalb von zehn Jahren in den USA zu eigen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses, Dante Fascell, meint unter anderem, daß dieser Vorschlag den „bedeutenden sowjetischen Vorteil bei den konventionellen Streitkräften“ festschreibt und in unzulässiger Weise das Problem der Eliminierung von Nuklearwaffen in anderen Staaten vernachlässigt. Es gehört zu den Forderungen der SPD, alle Massenvernichtungsmittel, also auch die nuklearen, abzuschaffen. Daß dies einseitig keinen Sinn macht, muß jeder realistisch Denkende einsehen. Ziel muß es aber weiterhin sein, auf vertraglichem Wege die Ausdünnung der nuklearen Bewaffnung anzustreben und eine Reduzierung der nuklearen Komponente der europäischen Verteidigungsstruktur zu erreichen. Die Beseitigung besonders eskalationsträchtiger vorne stationierter Atomwaffen mit der Einrichtung eines nuklearen Korridors ist ein Weg zur Denuklearisierung, der auf der Verwundbarkeit und die kaum zu kontrollierenden Einsatzzwänge vorne stationierter nuklearer Rohmunition und nuklearer Kurzstreckenraketen beruht. Wenn also nukleare Korsettstangen durch schrittweise geschlossene Vereinbarungen wegfallen könnten, muß die konventionelle Lücke, die auf westlicher Seite immer als Argument für die politische Rolle von Nuklearwaffen angesprochen wird, angepackt werden. Hier sind den Überlegungen zur konventionellen Stabilität und Rüstungskontrolle künftig vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken. Der Bundesverteidigungsminister ist aufgerufen, mit seinen personell so gut bestückten Stäben auch hierüber nachzudenken. Die Schaffung konventioneller Stabilität in Europa ist in den 80er Jahren notwendig und möglich. Die gegenwärtigen Modernisierungspläne der NATO und der Bundeswehr sind dafür jedoch konzeptionell noch nicht ausreichend. Es kommt vielmehr darauf an, den technologischen Fortschritt mehr und so zu nutzen, daß gleichzeitig die Fähigkeit zur Vorneverteidigung, die Krisenstabilität und die Chancen für den Rüstungskontrollprozeß verbessert werden.

Auf diese Weise könnte auch die militärische „Hardware“ für eine zweite Entspannungspolitik geschaffen werden. Der wichtigste Unterschied zur ersten wäre dabei, daß diesmal nicht nur die politischen Beziehungen verbessert, sondern gleichzeitig auch die militärischen Bedrohungen abgebaut würden. Auch hierüber sollte sich der Verteidigungsminister mehr kümmern, als die sozialdemokratische Sicherheitspolitik ständig zu diffamieren.

(-/25.3.1987/st/ks)

\* \* \*

